Aus befreundeten Vereinigungen : Aktion Bleiberecht für KriegsverweigerInnen aus Ex-Jugoslawien - Aufruf zur Mitarbeit

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Aktion Bleiberecht für KriegsverweigererInnen aus Ex-Jugoslawien – Aufruf zur Mitarbeit

Der Krieg in Ex-Jugoslawien hat weitherum Entsetzen und Bestürzung ausgelöst. Die Diskussion darüber, wie das Morden mitten in Europa zu stoppen sei, hat vielerlei Vorstösse (Verurteilung der Kriegshandlungen, Boykottmassnahmen, Drohung mit militärischer Intervention etc.), aber keine Lösungen gebracht.

Gleichzeitig versagt man in Europa genau denjenigen, die dem Krieg am effektivsten entgegentreten, die Unterstützung: den Deserteuren, Stellungsflüchtlingen, Kriegsdienstverweigerern, sowie den Frauen, die sich der Kriegsmaschinerie verweigern.

Die militärische Macht der Aggressoren schwächen

In verschiedenen Ländern sind diese Flüchtlinge gar von der Rückschaffung bedroht. In der *Schweiz* ist zwar vielen vorläufige Aufnahme gewährt worden. Allerdings, so halten die Beratungsstellen in einer Lageanalyse fest, «kommen zahlreiche Betroffene gar nicht dazu, überhaupt einen Antrag auf Asyl zu stellen, werden sie doch an der Grenze wegen fehlender Papiere abgewiesen. Aber auch im Verfahren werden allzu hohe Ansprüche an die Beweismittel gestellt, verlangen doch die Weisungen des Bundesamtes für das Flüchtlingswesen z.B. für Kriegsdienstverweigerer die Vorlage eines Stellungsbefehls.»

Das *Europaparlament* hat diese Doppelzüngigkeit erkannt. Am 28. Oktober 1993 hat es einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die europäischen Länder aufgefordert werden, «Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die sich den verschiedenen Streitkräften, die sich auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bekämpfen, entzogen haben, aufzunehmen, zu unterstützen und als Flüchtlinge anzuerkennen». Dies mit dem klaren Ziel, so «die militärische Macht der Aggressoren im ehemaligen Jugoslawien zu schwächen».

Den Worten des Europa-Parlaments müssen nun Taten folgen. Zur Unterstützung des Vorstosses sollen darum bis im Sommer europaweit 1 000 000 Personen einen *Appell* unterschreiben, zu dessen Erstunterzeichnenden Leute wie Günter Grass, Yehudi Mehuin, Erika Pluhar und Umberto Eco gehören.

Ziel für die Schweiz: 100 000 Unterschriften

In der Schweiz hat es sich die «Aktion Bleiberecht» zum Ziel gesetzt, 100 000 Unterschriften dazu beizutragen und die brennende Frage zum *öffentlichen Thema* zu machen. Sie fordert von den Bundesbehörden einen *grosszügigeren Umgang* mit den KriegsverweigererInnen aus Ex-Jugoslawien. Im oben zitierten Bericht heisst es dazu: «Die vorläufige Aufnahme ist letztlich eine Sofortmassnahme und nicht mehr als ein ungenügender erster Schritt.» Ein grosser Teil der Betroffenen sei «in einem Alter, in dem sie eine berufliche Ausbildung absolvieren sollten, was ihnen jedoch durch den Vorläufigen-Status praktisch verunmöglicht wird». Diesem Missstand muss mit der Gewährung eines erweiterten Bleiberechts begegnet werden. Denn die KriegsverweigererInnen «bilden ein Potential für Versöhnung und Wiederaufbau danach. Dazu brauchen sie aber gute berufliche und persönliche Qualifikationen. Ihnen diese zu vermitteln, ist ein möglicher Beitrag der Schweiz zum Frieden im ehemaligen Jugoslawien.»

Zwecks Koordination dieser Kampagne besteht seit Anfang März in den Räumen des Christlichen Friedensdienstes in Bern ein Sekretariat (zwei Stellen zu je 50 Prozent).

Zur Erreichung unseres hochgesteckten Ziels sind wir aber auf finanzielle, ideelle und nicht zuletzt tatkräftige *Unterstützung* möglichst weiter Kreise angewiesen. Für die Arbeit der nächsten Monate sind Ausgaben von Fr. 75 000.- budgetiert (Löhne, Büromiete, Druckkosten, Versände etc.); für die Unterschriftensammlung müssen Regionalkomitees aufgebaut werden; die politischen und kirchlichen Gremien sollen in die Diskussion einbezogen werden... Unterschriftenlisten, Informationsmaterial und Kontakte für die regionale Mitarbeit sind direkt erhältlich bei der:

Aktion Bleiberecht für KriegsverweigererInnen aus Ex-Jugoslawien, Postfach 5055, 3001 Bern, Telefon 031 302 05 55, PC 30-1459-8.

Jürg Pleiss